

Günther WEISS, Köln

„Auf daß zusammenwächst, was zusammengehört“

Die Darstellung kultureller Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Tschechen und Deutschen durch regionale Tageszeitungen in der Euregio Egrensis

Summary

To promote political integration between the European Community and its neighbours, willing to join the EC, a number of border-crossing euroregions was established along the boundaries of the EC. According to the neofunctionalist theory of political integration, the perception of different and common characteristics between the neighbour-countries by its inhabitants is important for the process of integration. Mass media, particularly regional daily newspapers, reflect and influence this perception and have therefore to be considered as an essential factor supporting integration between two or more nations within an euroregion. The analysis of two German newspapers (“Frankenpost” and “Freie Presse”) circulating in the “Euregio Egrensis”, which covers parts of north-east Bavaria, south-west Saxony (both Germany) and western Bohemia (Czech Republic) for the period 1991–1995/6 showed that problems of history and differences in the economic status (price level and wages) were in the focus of the reports concerning the Bohemian neighbour. On the other hand, aspects like the different languages, mentality, system of law and political structures found only little interest. Both newspapers emphasised the differences between Germany and the Czech Republic, mainly the Bavarian “Frankenpost” which focused on the historic burdening in the relationship between the two nations. The Saxonian “Freie Presse” nearly ignored the historic dimension, but reported much more about the problems and pleasures of everyday life as a common characteristic of Bohemia and Saxony. So people in the German part of the “Euregio Egrensis” get no homogenous view of the Czech neighbour. The will of integration therefore might be expected to be greater in the Saxonian part of this euroregion than in the Bavarian part.

1 Euroregionen als Vehikel politischer Integration

Die Euroregionen gelten als wichtige Instrumente, um Probleme an den Außengrenzen der Europäischen Union zu bewältigen, vor allem über eine gemeinsame Raumordnung. Gerade an den Grenzen zu Osteuropa sollen sie als Pioniere dienen, die Erfahrungen über die Konzepte und Organisationsstrukturen der Raumordnung in den Nachbarländern gewinnen, um diese Kenntnisse auch für transnationale Beziehungen über den engeren Rahmen der Grenzregionen hinaus einsetzen zu können. In diesem Sinne sollen sie vor größeren grenzübergreifenden Projekten unterschiedliche Einstellungen zur Raumplanung ausloten und angleichen (EUROPÄISCHE KOMMISSION 1995, S.137).

Dabei fällt den Euroregionen an den Grenzen zu Nachbarstaaten, die einen EU-Beitritt anstreben, wie die Tschechische Republik und Polen, die Aufgabe zu, die Integration der potentiellen Mitglieder vorzubereiten. Daher können die Euroregionen als Foren der politischen Integration betrachtet werden, mit der Einschränkung, daß diese Institutionen der Integration nicht zu autonomen staatsähnlichen Gebilden im grenznahen Bereich führen, sondern das Zusammenwachsen auf der überstaatlichen Ebene der EU fördern sollen.

Eine erfolgreiche Integration hängt ab von den bestehenden Rahmenbedingungen und dem Umfang, in dem diese durch eigene Aktivitäten der euregionalen Akteure gestaltet werden. Hinweise zu den Rahmenbedingungen, die einen Integrationsprozeß effektiv voranschreiten lassen, gibt die neofunktionalistische Theorie der politischen Integration.

Neofunktionalistische Ansätze betrachten politische Integration als einen Prozeß, der mit großer Wahrscheinlichkeit einsetzt, wenn die Interaktionen und Interdependenzen zwischen zwei benachbarten, politisch selbständigen Einheiten so stark anwachsen, daß dabei entstehende gemeinsame Anliegen und Probleme (vor allem Interessenkonflikte) nicht mehr durch Krieg oder Diplomatie, sondern nur durch ständige gemeinsame Institutionen zufriedenstellend bewältigt werden können (DEUTSCH u.a. 1957, DE VREE 1972, ETZIONI 1977). Denn die Interaktionen und Interdependenzen machen für alle Beteiligten bindende Entscheidungen wünschenswert, um in einem geregelten Rahmen ablaufen und damit das Bedürfnis nach Sicherheit befriedigen zu können. Einfluß und Legitimität der gemeinsamen Institutionen wachsen, wenn es ihnen gelingt, die beim grenzüberschreitenden Austausch entstehenden Probleme besser zu bewältigen als den getrennt operierenden Institutionen der jeweiligen einzelnen Einheiten. Die Bewertung des Erfolgs liegt im Vergleich des Nutzens einer verbesserten Bedürfnisbefriedigung einerseits sowie der Kosten eines Verlusts an Autonomie für die

beteiligten Einheiten andererseits. Nach dem lerntheoretischen Prinzip des „Lernens durch Erfahrungen“ werden die bestehenden Institutionen demnach wachsen und *spill-over*-Effekte erzeugen, die neue gemeinsame Institutionen begründen. Der Endzustand des Integrationsprozesses ist bei den Vertretern neofunktionalistischer Integrationstheorien umstritten; der Prozeß gilt aber als jederzeit reversibel. Auch wird eine völlige Zentralisierung aller Entscheidungsprozesse der integrierten Einheiten als unproduktiv betrachtet und eine begrenzte Autonomie für die Teileinheiten als stabilisierend angesehen (ETZIONI 1977, S.232).

Der Integrationsprozeß kann durch verschiedene Bedingungen gefördert werden. Dazu zählen:

- soziale Homogenität in den Bereichen Werte und Normen, Religion, ethnische Zugehörigkeit, Sprache, Einkommen, soziale Schichtung, Lebensstile, Erziehung, Gesundheitswesen, Institutionen, politisches System und sozio-ökonomische Interessen.
- Ebenbürtigkeit im militärischen, wirtschaftlichen und technischen Bereich, da ein Gefühl der Unterlegenheit in einer Partnerschaft Integration behindert.
- Kognitive Nähe, d.h. gegenseitige Kenntnis der sozialen Homogenität und Ebenbürtigkeit, damit die Partner einer politischen Integration zustimmen.
- Transaktionen, d.h. Austausch von Personen, Waren, Diensten, Kapital und Information. Transaktionen fördern kognitive Nähe und das Streben nach Integration, um Transaktionskosten zu senken.
- Status der Souveränität: Einheiten, die nach Souveränität streben, versuchen dies durch eine höchstmögliche Integration im Inneren bei gleichzeitiger maximaler Desintegration nach außen zu erreichen. Einheiten, die mit ihrer Umwelt stärker verflochten und im Inneren stabilisiert sind, neigen eher zu Integration.
- Merkmale der politischen Eliten: Die Entscheidungsträger der zu integrierenden Einheiten müssen ein Interesse an der Integration besitzen, sie müssen durchsetzungsfähig und in der Lage sein, die Erwartungen ihrer Mitglieder und Bevölkerung zu erfüllen und damit deren Loyalität zu sichern. Dazu ist es vorteilhaft, wenn die Kosten der Integration den Beteiligten relativ gering erscheinen, d.h. sichtbare Kosten auf Außenstehende abgewälzt werden können.
- Sonderfaktor äußere Einflüsse, d.h. Integration in bedrohten Einheiten durch Druck von außen (DEUTSCH u.a. 1957, 46ff.; JACOB u. TEUNE 1964, 16ff.; NYE 1977, 224ff.).

Gemäß der neofunktionalistischen Integrationstheorie ist soziale Homogenität, d.h. kulturelle Ähnlichkeit, zwischen den zu integrierenden Einheiten

ein entscheidender Integrationsfaktor, wobei die subjektiven Wahrnehmungen gegenüber den objektiven Tatbeständen als bedeutsamer gelten.

Dieser theoretische Hintergrund unterstreicht damit die Bedeutung der den Euroregionen zugedachten Aufgabe, Unterschiede an den EU-Außengrenzen abzubauen. Andererseits muß die Integration innerhalb der Euroregionen um so leichter fallen, je ähnlicher sich die beteiligten Einheiten bereits sind. Die Situation der Euroregionen ähnelt dabei der von Entwicklungsländern nach ihrer Unabhängigkeit, bei denen ebenfalls zuerst die gemeinsamen Institutionen (Staatsregierung und -verwaltung) existierten, während die verschiedenen Einheiten innerhalb der Staatsgrenzen (v.a. verschiedene ethnische Gruppen) erst zu integrieren waren.

Um die Chancen einer Euroregion, das Zusammenwachsen der beteiligten Nationen zu fördern, beurteilen zu können, ist es wichtig festzustellen, inwiefern die integrationsfördernden Rahmenbedingungen nicht nur objektiv realisiert, sondern in den Köpfen der betroffenen Menschen abgebildet sind. Um diese „kognitive Nähe“ der Menschen zum jeweiligen Nachbarland zu erfassen, sind Medien von großer Bedeutung. Sie spiegeln einerseits die Einstellungen der Bevölkerung, können diese aber langfristig auch verändern und sind damit selbst ein integrationsbestimmender Faktor. Unmittelbare Erfahrungen bei Kontakten mit Menschen aus dem jeweiligen Nachbarland vermitteln nur zufällige und stichprobenartige Eindrücke über den Grad kultureller Homogenität. Eine verallgemeinernde Erfahrung fehlt; sie kann nur durch Generalisierung von Einzelfällen (Vorurteile) oder Übernahme vor allem durch Medien verbreiteter Images geschehen. Wenn die Wahrnehmung integrationsfördernder Rahmenbedingungen im Sinne der neofunktionalistischen Integrationstheorie ermittelt werden soll, ist also neben der Befragung der Bewohner einer Euregio eine Analyse der dort verbreiteten Medien zweckmäßig.

Ein Interesse an politischer Integration mit den Nachbarländern an der EU-Außengrenze zu Osteuropa ist nicht nur durch die Beitrittsbestrebungen von Ländern wie Polen und Tschechien gegeben, sondern auch durch die nach Wegfall des „Eisernen Vorgangs“ deutlich gestiegenen Transaktionen zwischen Ländern der EU und des ehemaligen RGW. Nicht von ungefähr waren es Probleme des drastisch angestiegenen Verkehrsvolumens, wie Staus an den Grenzen und überlastete Straßen, die politische Akteure besonders im grenznahen Bereich zur Kontaktaufnahme und zu abgestimmtem Handeln bewegt haben, um die Transaktionskosten (z.B. Luftverschmutzung, Lärmbelastung, Verkehrsbehinderungen) zu senken.

2 Die regionale Tagespresse als Vermittler integrationsfördernder Information in Euroregionen

Als Träger von Informationen über Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen benachbarten Ländern dominieren im grenznahen Bereich unter den Medien die regionalen Tageszeitungen. So belegt eine Untersuchung von JURCZEK (1997, 55) in den deutsch-tschechischen Euroregionen „Eg-rensens“ und „Erzgebirge“, daß Kenntnisse über die Existenz der Euroregionen überwiegend aus der Presse gewonnen wurden (34,9%), die als Informationsquelle damit weit vor dem Arbeitsplatz (7,3%), Radio und Fernsehen (je 7,1%), Kommunalpolitik und Parteiarbeit (5,5%) sowie sonstigen persönlichen Kontakten (3,3%) rangierte. Somit besitzen die regionalen Tageszeitungen einen großen Einfluß auf die politische Integration innerhalb der Euroregionen. Mit ihren Informationen über das Nachbarland steuern sie dessen Wahrnehmung und damit die subjektiven Vorstellungen über soziale Homogenität und Ebenbürtigkeit zwischen den Nachbarn.

Das Verbreitungsgebiet einer Zeitung kann als Region gleicher selektiver Informationsverbreitung betrachtet werden. Diese selektierten Informationen können bei den Lesern Einfluß auf das Vorstellungsbild der Raumstruktur und das raumwirksame Handeln ausüben. Nicht zuletzt kann die regionale Berichterstattung auch ein „Faktor zur Ausbildung und Erhaltung von räumlichem Zugehörigkeitsgefühl und regionaler Identität“ sein und damit bedeutsam für die Entfaltung endogener Entwicklungspotentiale (BLOTEVOGEL 1984, 80). Die vermutete Bedeutung der Zeitung beruht auf der Annahme, daß die in einer Region lebenden Menschen diese über weite Teile nicht mehr primär erfahren können, sondern daß ihr Wissen darüber auf sekundären Informationen beruht (WOOD 1989, 542f.).

Der Großteil der Rezipienten der Presseartikel hat natürlich keinen direkten politischen Einfluß auf den Fortgang der Integration. Die allgemeine Einstellung zur Bevölkerung des Nachbarlandes, die Bereitschaft zu Kontaktaufnahme und Austausch innerhalb einer Euroregion kann jedoch langfristig nicht ohne Folgen für das Handeln der regionalen und lokalen politischen Eliten bleiben. Abgesehen davon, daß die Eliten von demokratischen Wahlen abhängig sind, bedürfen Projekte der Integrationsförderung, wie sie in den Euroregionen betrieben werden (z.B. gemeinsame Kulturveranstaltungen, Sportereignisse etc.), der Akzeptanz durch die Bevölkerung, um als erfolgreich gelten zu können und damit in ihren Kosten legitimiert zu sein.

Bei einer Analyse der regionalen Tageszeitungen, die in einer Euroregion zirkulieren, sind folgende Aspekte von Interesse:

- Welche Informationen über (kulturelle) Unterschiede und Gemeinsamkeiten der beteiligten Länder und ihrer Einwohner werden gegeben?

- Stimmen die Informationen in ihrer Art und in ihrer Bedeutung mit der Realität überein?
- Sind die Informationen verschiedener Zeitungen gleichartig oder unterschiedlich?
- Welche Akteure (z.B. politische Parteien, Interessenverbände) stehen hinter bestimmten Informationen/Sichtweisen (besonders bei unterschiedlicher Berichterstattung innerhalb einer oder zwischen verschiedenen Zeitungen)?

3 Die Rolle der Tagespresse in der Euregio Egrensis als Vermittler integrationsfördernder Information

3.1 Die Presselandschaft in der Euregio Egrensis

Im folgenden soll daher am Aspekt der Darstellung kultureller Unterschiede und Gemeinsamkeiten betrachtet werden, welche Position regionale Tageszeitungen in bezug auf die politische Integration an den Außengrenzen der EU nehmen. Als Beispiel dient dabei die deutsch-tschechische Euregio Egrensis, da hier eine interessante Konstellation vorliegt: Die Euregio umfaßt mit Westböhmen einen Teil der Tschechischen Republik, mit Südwestsachsen einen Teil der systemverwandten ehemaligen DDR und mit Nordostbayern einen Teil des traditionell marktwirtschaftlich orientierten Westdeutschlands (vgl. Abb.1). Zu Entwicklung und Merkmalen der Euregio Egrensis vgl. MAIER u. BIRK 1992; GÖTZE 1995, 110f.; BÜRKNER 1996, 109ff.

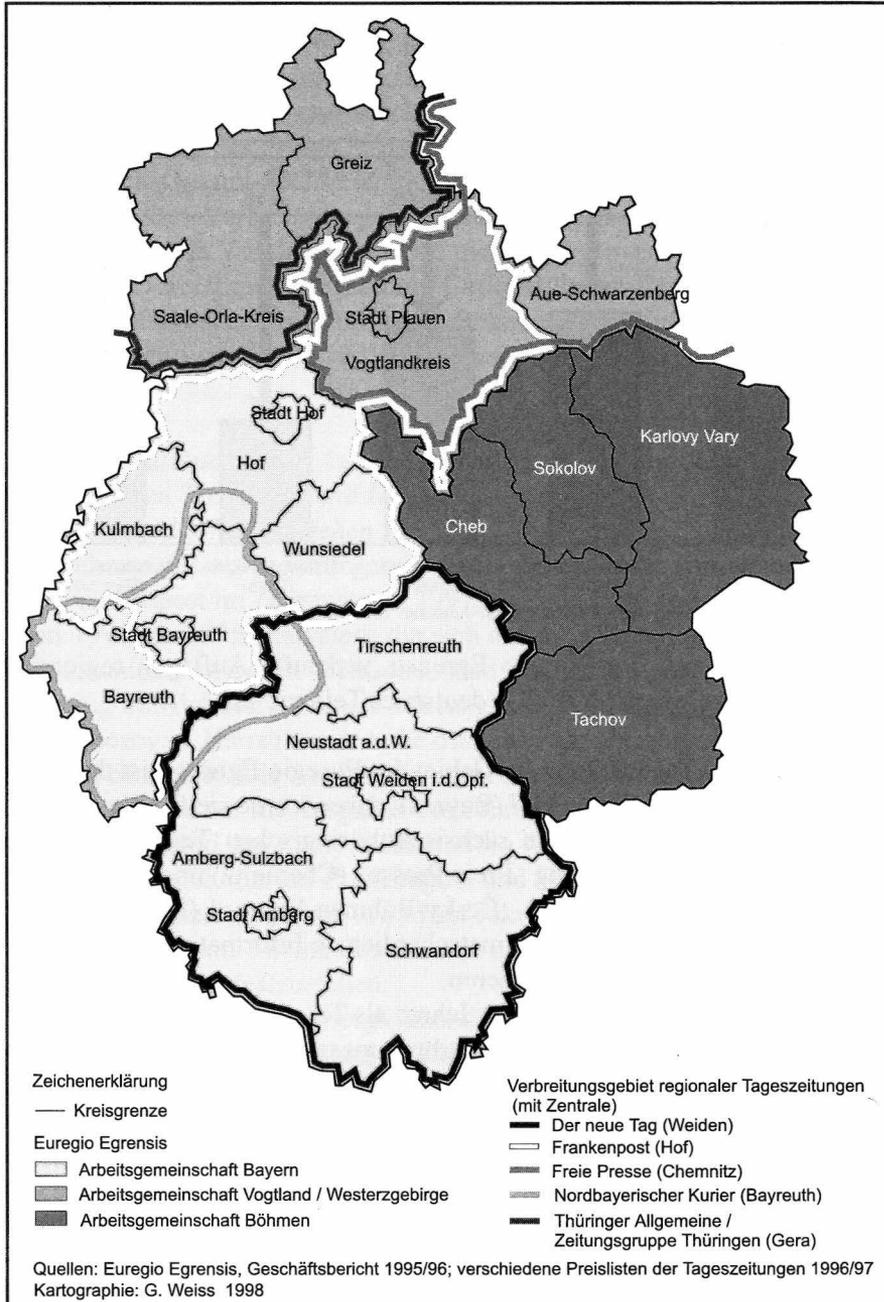
Diese Betrachtung ist Teil eines größeren Projekts, in dem es allgemein um die Frage geht, wie der betroffenen Bevölkerung die Euregio als völlig neue Regionaleinheit „verkauft“ wird. Im Zentrum der Studie steht dabei die Berichterstattung über die Akteure (Promotoren) der Euregio und deren Argumente, mit denen die Etablierung der Euregio begründet wird.

Das gesamte Forschungsprojekt soll aber über eine reine Bestandsaufnahme der Presseberichterstattung hinausgehen. Um zu eruieren, welche Rolle die Presse bei der Etablierung einer neuen Region spielt, ist es wichtig, einerseits festzustellen, ob und in welcher Weise verbreitete Images von den Zeitungslern rezipiert werden und andererseits, inwiefern die Berichterstattung tatsächlich objektiv Ereignisse und Tatbestände wiedergibt. Der Vergleich verschiedener Zeitungen ist ein Weg zu solcher Objektivierung, die Befragung zitierter Akteure ein anderer. Mit dem Vergleich mehrerer innerhalb der Euregio bedeutender Zeitungen liegt ein erster Ansatz der Objektivierung vor; Akteursbefragungen und Rezipientenanalyse sollen folgen.

Im Bereich der Euregio grenzen die Verbreitungsgebiete einer Reihe von Zeitungen aneinander bzw. überschneiden sich: Mit Zentrale in Bayern die

„Auf daß zusammenwächst, was zusammengehört“

Abb. 1: Administrative Struktur und Verbreitungsgebiete ausgewählter regionaler Tageszeitungen in der Euregio Egrensis 1996/97



Frankenpost (Hof), der Neue Tag (Weiden) und der Nordbayerische Kurier (Bayreuth), in Sachsen die Freie Presse (Chemnitz) und in Thüringen die Ostthüringische Zeitung (Gera), in Böhmen u.a. die Zeitung Česky Deník (Cheb) und der zweisprachige „Česky-Böhmen-Expres“ (Plzeň) (vgl. Abb.2).

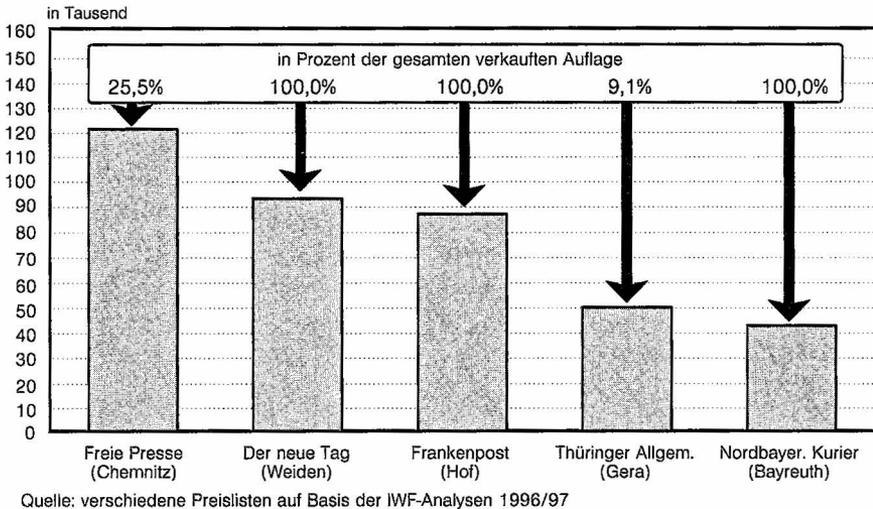


Abb.2: Im Bereich der Euregio Egrensis verkaufte Auflagen regionaler Tageszeitungen 1996/97 (deutscher Teilbereich)

Bedeutendste Tageszeitung im Gebiet der Euregio Egrensis ist der Frankenpost-Verbund mit Sitz in Hof (Bayern); daher wurde sie für die Analyse ausgewählt, daneben, um den sächsisch/thüringischen Teil der Euregio abzudecken, die Tageszeitung „Freie Presse“ (Chemnitz) und für den böhmischen Teil das Monatsblatt „Česky-Böhmen-Expres“ (Plzeň), das die Möglichkeit bot, auch ohne Dolmetscherdienste Informationen aus tschechischem Blickwinkel zu analysieren.

Die Frankenpost ist seit den 70er Jahren als Träger lokaler und regionaler Informationen im Zentrum ihres Verbreitungsgebiets konkurrenzlos. Sie bearbeitet den Mantelteil für alle angeschlossenen Lokalzeitungen, deren Redaktionen lediglich die Lokalteile beifügen. Nach der Grenzöffnung zur ehemaligen DDR und CSFR entfaltete der Verlag auch in den angrenzenden Gebieten Thüringens, Sachsens und Westböhmens Aktivitäten. Die 1990 neu gegründeten Ableger Thüringenpost (Schleiz) und das Zwickauer Tageblatt wurden Anfang 1997 aufgrund des zu großen Wettbewerbs wieder eingestellt, nur der Vogtland-Anzeiger (Plauen), der im sächsischen Raum das Gebiet des Vogtlandkreises bedient, blieb erhalten. 1990 wurde

von der Frankenpost die tschechischsprachige Wochenzeitung Westböh-mische Zeitung (*Západo České Noviny*) als Gesellschaft tschechischen Rechts gegründet, sie umfaßt acht Ausgaben für sieben Landkreise und die Stadt Plzeň (Pilsen) mit einer Gesamtauflage von 75.000 im Oktober 1992. Verlagssitz und Hauptredaktion ist Sokolov (Falkenau), der Druck geschieht in der Frankenpost-Druckerei Hof.

Die Zentrale der Freien Presse bearbeitet ebenfalls den Mantelteil einschließlich Gesamt-Sachsens, die angeschlossenen Lokalzeitungen ihren Lokalteil. Das Verbreitungsgebiet reicht dabei im Gegensatz zu dem der Frankenpost via Vogtland-Anzeiger nicht nach Bayern hinein.

Bei der zweisprachigen Zeitung *Česky-Böhmen-Expres* handelt es sich um eine Monatszeitung, die in ganz Böhmen Verbreitung findet. Die Artikel stammen von der Redaktion in Plzeň und werden ins Deutsche übersetzt.

3.2 Informationen über kulturelle Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Tschechen und Deutschen

3.2.1 Methodisches Vorgehen

Im Rahmen des ersten vorliegenden Teils dieser Studie wurden alle Artikel der Frankenpost im Zeitraum von 1991 bis Ende 1996 und der Freien Presse von 1991 bis 1995 analysiert, die sich auf die Darstellung der kulturellen Unterschiede zwischen Deutschen und Tschechen sowie auf deren Bewertung im Hinblick auf eine Förderung bzw. Behinderung der Zusammenarbeit bezogen. Hierzu wurden alle das jeweilige Nachbarland betreffenden Artikel betrachtet. Die Analyse der tschechischen Zeitung *Česky-Böhmen-Expres* erfolgte nur für Ausgaben des Jahres 1997. Da hier kaum Aussagen zum Gegenstand der Analyse anzutreffen waren, bezieht sich der nachfolgende Vergleich nur auf Frankenpost und Freie Presse. Der relativ kurze Beobachtungszeitraum von etwa fünf Jahren und die recht geringe Dichte von Artikeln zum Thema erlauben es noch nicht, Veränderungen in der Berichterstattung festzustellen.

Abbildung 3 gibt einen vergleichenden Überblick zu den Themenkreisen, für die eine Berichterstattung zu kulturellen Unterschieden bzw. Gemeinsamkeiten zwischen Tschechen und Deutschen gefunden wurde. Die bereits erwähnte geringe Anzahl von Artikeln zum Gegenstand der Analyse und die Verschiedenartigkeit der Berichterstattung von der umfangreichen Spezialdarstellung bis hin zu eher randlichen Bemerkungen beispielsweise im Polizeibericht macht eine sinnvolle Quantifizierung schwierig. Es wurde daher nur eine vorsichtige Gewichtung nach zwei Häufigkeitskategorien vorgenommen: Themenkreise, über die in mehr als fünf Artikeln berichtet wurde, die also einen gewissen Schwerpunkt bildeten, und solche, die mit

2-5 Artikeln eher randlich auftraten. Die spezielle Semantik der Themenkreise kann ohnehin nur qualitativ eruiert werden.

Tendenzen in der Berichterstattung zu den einzelnen Themenkreisen:

- ⊖ trennende Wirkung ▲ relevant im Alltag der Bevölkerung
- ⊕ verbindende Wirkung ✦ relevant für das institutionelle Zusammenwachsen der EE
- neutral ○ 2-5 Artikel ○ >5 Artikel

Themenkreis	Frankenpost	Freie Presse	empirische Relevanz (JERABEK, JURCZEK, DOKOUPIL)
a) Geschichte			
•NS-Terror und Vertreibung der Sudetendeutschen	⊖	-	↔
•Allgemeine Angst vor Deutschen	⊖	⊖	↔
	▲	▲✦	
b) Tradition			
•Bevölkerung im böhm. Grenzgebiet	⊖	-	
•Lebensgewohnheiten / Brauchtum	⊕	-	
•Vereins-/ Gemeindeleben / Unternehmer	-	⊕	
c) Sprache	⊖	⊖	↔
d) Werte/Mentalität/„Nationalcharakter“			
•Überheblichkeit / Arroganz der Deutschen	⊖	⊖	↔
•Atheismus / Materialismus in der CZ	⊖	▲	
•Arbeitsmoral	⊕	⊖	
•Kriminalität	○	○	
e) Lohn- und Preisgefälle	⊖	⊖	↔
	⊕	⊕	
	▲	▲	
f) Besonderheiten der Privatisierung	○	○	
g) Politische Strukturen			
•Parteiensystem	⊕	⊕	
•Personelle Fluktuation	⊖	✦	
•Föderalistische Tradition	⊖	⊖	✦
h) Rechtswesen			
•Verkehrsrecht	⊖	▲	
•Strafrecht	⊖	▲	
Resumée	eher Informationen über Unterschiede+ Institutionen/ Akteure d.EE	eher Informationen über Gemeinsamkeiten + Alltag in der CZ	

Abb.3: Kulturelle Unterschiede zwischen Tschechen und Deutschen und ihr Einfluß auf das Zusammenwachsen der Euregio Egrensis im Spiegel der regionalen Tagespresse (1991-1995/96)

Es ist problematisch einzuschätzen, welche Bedeutung die genannten oder auch nicht genannten Themenkreise wirklich haben, d.h. inwiefern die Berichterstattung objektiv ist. Dies betrifft nicht so sehr die Fakten selbst als vielmehr ihre Bedeutung im Alltag. Dazu wären intensive kulturvergleichende Studien in allen Teilbereichen notwendig. Eine gewisse Objektivierung bieten empirische Studien, in deren Rahmen die Bevölkerung der Euregio Egrensis auch zu ihrer Sicht über Probleme des Zusammenwachsens zwischen Tschechen und Deutschen befragt wurde. Hier zu nennen sind die Untersuchungen von MAIER/ATZKERN (1993), DOKOUPIL (1996), JEŘÁBEK (1996) und JURCZEK (1997), auf deren Inhalte hier nicht weiter eingegangen werden soll. Im aktuellen Zusammenhang werden diese Ergebnisse nur qualitativ einbezogen in dem Sinne, daß es für in der Presse dargestellte Unterschiede und Gemeinsamkeiten eine empirische Evidenz gibt oder nicht.

Die EUROPÄISCHE KOMMISSION (1995, 134) sieht die Euroregionen an der Grenze zu Osteuropa mit einer Reihe von Problemen konfrontiert:

- Unterschiede im Einkommen, die die Stabilität durch illegale Einwanderung und massive Auswanderung von Unternehmen gefährden.
- Unterschiede in den Institutionen und der politischen Kultur, die die Entwicklung der Zusammenarbeit behindern.
- Unterschiede in der Infrastruktur, die die Entwicklung transeuropäischer Netze behindern.

Diese Problemkreise fanden auch in den analysierten Tageszeitungen Berücksichtigung; es wurden dort jedoch weitere Aspekte kultureller Unterschiede und Gemeinsamkeiten angesprochen. Nachfolgend werden die nach qualitativer Analyse gewonnenen Themenkreise nach solchen getrennt, die eher im Zentrum (mehr als fünf Artikel) und solchen, die eher am Rande der Berichterstattung (2–5 Artikel) standen.

3.2.2 Themenkreise mit zentraler Bedeutung in der Berichterstattung

Es gab zwei Themenkreise, über die in der untersuchten Presse schwerpunktmäßig berichtet wurde und die zugleich nach Umfragen auch für die Bevölkerung bedeutsam waren: Die allgemeinen Ängste der Tschechen vor den Deutschen sowie das Lohn- und Preisgefälle zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik.

Die Frankenpost räumte geschichtlichen Aspekten im Rahmen des Themenkreises der Gemeinsamkeiten wie auch der Unterschiede zwischen beiden Völkern den meisten Raum ein. Als zentrales Problem wurde zum einen die Geschichte von nationalsozialistischem Terror gegen Tschechen und der Vertreibung der Sudetendeutschen gesehen sowie zum anderen der damit verbundene ideologische Ballast. So wurde herausgestellt, daß die

historische Wahrheit in der tschechischen Republik oft nicht bekannt sei, daß das tschechische Volk erst 1989/90 mit der Tatsache der Vertreibung der Deutschen, der Tatsache deutschen Widerstands gegen Henlein und Hitler sowie überhaupt der Zwei-Völker-Geschichte Böhmens und Mährens konfrontiert wurde, vorher aber 40 Jahre lang mit dem Feindbild der Deutschen indoktriniert worden sei. Die Frankenpost widmete einen bedeutenden Teil ihrer Berichterstattung zu den deutsch-tschechischen Beziehungen diesem Thema, besonders den verschiedenen Versuchen, durch Gespräche und Symposien ideologischen Ballast abzubauen, aber auch den Beneš-Dekreten, die als ein zentraler Streitpunkt zwischen Tschechischer Regierung und der Sudetendeutschen Landsmannschaft dargestellt wurden. Die Frankenpost-Redaktion nahm dabei unter gleichzeitigem Bekenntnis zur deutschen Schuld für eine Abschaffung dieser Dekrete Stellung, da diese mit dem Prinzip der Kollektivschuld aller Deutschen am Niedergang der ersten Tschechoslowakischen Republik und dem Prinzip des Unschuldsnachweises durch den Beschuldigten gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstießen und daher einer Aufnahme der Tschechischen Republik in die EU entgegenstünden.

In diesem Zusammenhang wurden tschechische Politiker mit Aussagen über versteckte Feindbilder in den Köpfen der tschechischen Bevölkerung oder darüber, daß gewisse Politiker die Ängste vor den Deutschen und Mißtrauen schüren, zitiert. Die Aufklärung über die historische Wahrheit sei, so sagten sie, gerade vor den Parlamentswahlen durch die nationalistische Welle problematisch, da sich alle Parteien nationalistisch gäben, um Wählerstimmen zu gewinnen.

Die Freie Presse thematisierte die Problematik der Beneš-Dekrete und den Konflikt zwischen Sudetendeutschen und der tschechischen Regierung nur einmal im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der Vertreibung der Sudetendeutschen ohne Stellungnahme der Redaktion.

Die Angst der Tschechen vor den Deutschen war allerdings ein Thema, das wie in der Frankenpost auch in der Freien Presse immer wieder zwischen den Zeilen auftrat: In Zusammenhang mit der Diskussion um die Beneš-Dekrete wurden die Eigentumsforderungen der Sudetendeutschen als Bedrohung und Versuch empfunden, die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs zu korrigieren; in Zusammenhang mit dem EU-Beitritt Tschechiens, das die einen tschechischen Politiker als Flucht vor einem starken Deutschland befürworteten, die anderen als Beitritt zum Vorgarten Deutschlands ablehnten; in Zusammenhang mit Berichten über Beteiligungen deutscher Unternehmen z.B. von VW an Skoda, die die Furcht vor einem Ausverkauf des Landes an die Deutschen schürten oder im Zusammenhang mit dem Aufkauf von Regionalzeitungen, der die Furcht vor deutscher Manipulation

weckte. Allerdings sanken die Vorbehalte der Bevölkerung im Untersuchungszeitraum: Nach einem Bericht der Freien Presse sahen 1993 ca. 20% der Tschechen die deutschen Investitionen ganz oder teilweise positiv, 1995 schon 48%.

Wissenschaftliche Untersuchungen zur Bedeutung der historischen Last in den Köpfen der Menschen ergaben, daß 45,9% der befragten Tschechen mit Wohnsitz in der Euregio die historischen Ereignisse (2. Weltkrieg, Vertreibung) als ausgeprägte oder wesentliche Behinderung für eine verbesserte grenzübergreifende Zusammenarbeit sahen, ein ähnlich hoher Anteil von 46,8% nahm hier allerdings geringe oder keine Behinderungen wahr (JEŘÁBEK 1996, 98). Die Frage der Nationalehre wurde durch die Öffnung der tschechisch-deutschen Grenze aktuell: Immerhin 42% glaubten einen bedeutenden oder teilweisen Zuwachs der Spannungen zwischen den beiden Nationalitäten durch die Grenzöffnung zu spüren, 38,3% nannten konkret einen Anstieg des sudetendeutschen Einflusses, und 55,7% fürchteten einen Verlust der Nationalehre (JEŘÁBEK 1996, 95). D.h. die Presseberichterstattung korrespondierte hier mit den empirischen Befunden für Westböhmen.

Neben dem historischen Ballast standen die Lohn- und Preisdifferenzen und die damit induzierten grenzüberschreitenden Bewegungen im Vordergrund der Berichte über deutsch-tschechische Beziehungen, so die tschechischen Grenzgänger auf dem deutschen Arbeitsmarkt, ebenso die Preisdifferenzen und damit die deutschen Einkaufs-Touristen, die im Grenzgebiet Alkohol, Zigaretten, Textilien u.a. erwerben. Gerade das Preisgefälle brachte einen Großteil des grenzüberschreitenden Verkehrs in Gang. Beide Zeitungen berichteten über die Auswirkungen und Probleme im tschechischen Grenzraum, so die Straßenprostitution, den Anstieg des Preisniveaus auf für Tschechen teilweise unerschwingliche Höhen, die Ausbreitung vietnamesischer Händlerbuden, die den Gemeinden Mieteinnahmen, dem einheimischen Handel hingegen Einbußen bescherten. Die starke Nachfrage gerade von deutscher Seite führte zu gespaltenen Preisen, d.h. erhöhten Preisen für Ausländer, die von der Bevölkerung weitgehend als gerechtfertigt angesehen und vom Finanzministerium für legal erklärt wurden. Da dieses Wohlstandsgefälle nicht nur Probleme bringt, sondern den Austausch von Personen, Waren, Diensten und Kapital überhaupt erst zu dem bestehenden großen Umfang führte, sind diese Unterschiede auch als integrations- weil begegnungsfördernd anzusehen.

Bei einer Untersuchung der Hindernisse für die Entwicklung grenzübergreifender Zusammenarbeit, stellte JEŘÁBEK fest, daß die tschechischen Befragten in der Euregio Egrensis die ungleiche wirtschaftliche Situation als größtes Hindernis einstufen, insbesondere die unterschiedliche Kauf-

kraft der Währungen (78,8%) sowie die unterschiedlichen Preise für Waren und Dienstleistungen (67,4%). Dies führte nach Meinung vieler Tschechen zu einem Preiszuwachs durch die deutschen Besucher (86,7%), zum billigen Aufkauf von Immobilien durch Deutsche (67,4%) und zu einem Zuwachs an deutschen Investitionen (77,6%), allerdings auch zum Entstehen neuer Arbeitsmöglichkeiten in Deutschland (65,3%) (JEŘÁBEK 1996, 95ff.).

Insgesamt war der grenzüberschreitende Verkehr nach 1989 sehr rege: 88% von 1993 in Bayern befragten Personen waren bereits in Böhmen gewesen, davon 30% mehr als fünfmal. Es dominierte das Motiv Ausflug vor Einkauf, Beruf, Besuchen von Verwandten/Bekanntem und dem Besuch von Veranstaltungen. Von den in Westböhmen Befragten waren bis 1993 81% in Deutschland gewesen, davon 54% mehr als fünfmal. Hauptmotiv für den Grenzübertritt war der Einkauf, gefolgt vom Besuch von Verwandten/Freunden und dem Motiv Erholung/Tourismus (MAIER u. ATZKERN 1993, 91f.; ähnlich DOKOUPIL 1996, 121 und JURCZEK 1997, 36ff.).

„Aktivitäten der Bewohner erfolgen auf tschechischer Seite überwiegend aus materiellen Motiven heraus und aus der Vision eines erzielbaren materiellen Gewinns. Auf bayerischer Seite überwiegen hingegen ideelle Motive und der Wunsch, Neues kennenzulernen. Das ist aus den früheren Entwicklungstendenzen in den beiden verglichenen Regionen beiderseits der Grenze und aus der ungleichen Entwicklung der jeweils herrschenden Lebensstandards gut zu verstehen.“ (DOKOUPIL 1996, 128)

3.2.3 Themenkreise mit randlicher Bedeutung in der Berichterstattung

Die unterschiedlichen Sprachen der Nachbarländer waren in der Presse kaum explizit Gegenstand von Betrachtungen. Über Verständigungsprobleme und den Einsatz von Dolmetschern fand man kaum Hinweise; implizit ging aus Berichten (z.B. über Treffen von Kommunalpolitikern beider Länder, Symposien von Wissenschaftlern, Unfallberichten) hervor, daß die Tschechen meist der deutschen Sprache mächtig waren und die Bereitschaft der Tschechen, die deutsche Sprache zu lernen, relativ groß ist (Berichte über deutsche Sprachkurse an tschechischen Schulen). In den Aussagen verschiedener Akteure in anderen Zusammenhängen fand gelegentlich Erwähnung, daß die mangelnde Bereitschaft der Deutschen, Tschechisch zu lernen, die Germanisierungsängste schüre, daß die Tschechen auf die Verwendung ihrer Sprache durch Ausländer erfreut reagierten, und daß es peinlich sei, wenn die Deutschen kaum Tschechisch lernten.

Die Bedeutung der Sprachunterschiede war gemäß verschiedener Erhebungen faktisch durchaus größer, als es in der Presse anklang. Denn um die tschechischen Sprachkenntnisse der Deutschen war es schlecht bestellt:

74% konnten kein Wort, 22% einzelne Wörter, und nur 4% beherrschten die tschechische Sprache relativ gut. Daher ist es nicht verwunderlich, daß bei der Frage nach Gründen dafür, daß nicht noch mehr Fahrten in die tschechische Republik durchgeführt werden, die Sprachprobleme verbunden mit einem Gefühl der Fremdheit an erster Stelle standen, vor den Wartezeiten und Staus an der Grenze. Dies galt, obwohl man sich auch meist auf deutsch verständlich machen kann, da nämlich umgekehrt in Westböhmen nur 6,8% der Befragten keine deutschen Sprachkenntnisse besaßen. 26,4% beherrschten einzelne Wörter, 29,7% die deutsche Sprache passiv, 30,2% waren zu einer geläufigen Unterhaltung in der Lage, und 6,8% gaben sehr gute deutsche Sprachkenntnisse an. Entsprechend nutzen die Tschechen auch vermehrt deutschen Rundfunk und Fernsehen, vor allem die Bereiche Unterhaltung, Sport und Nachrichten; nur das Interesse an deutschen bzw. zweisprachigen Zeitungen war sehr gering (MAIER u. ATZKERN 1993, 93f.). Zu ähnlichen Ergebnissen kamen DOKOUPIL (1996, 110) und JURCZEK (1997, 46f.). „Eine positive Entwicklung (wenn auch in mittelbarer Ausprägung) zeichnet sich auf der tschechischen Seite in den Bemühungen vieler Menschen ab, die Sprache des Nachbarn zu erlernen. [...] Andererseits gibt es aber auch die Einsicht, daß die deutschen Nachbarn die tschechische Kultur und Lebensweise nicht mit Hilfe der Landessprache, sondern 'auf deutsch' kennenlernen möchten und der offensichtliche Unwille dominiert, die tschechische Sprache wenigstens rudimentär zu erlernen. Diese Tatsache führt auf tschechischer Seite des öfteren zum Gefühl, eine untergeordnete Stellung innerhalb der beiden Nachbarregionen einzunehmen und erweckt bei manchen Tschechen sogar den Eindruck einer Gefährdung der tschechischen Staatssouveränität.“ (DOKOUPIL 1996, 128f.)

Die Sprachunterschiede an sich wurden somit trotz der guten Deutschkenntnisse auch von 37,2% der befragten Tschechen in der Euregio Egrensis als Hindernis für die Entwicklung grenzüberschreitender Zusammenarbeit bezeichnet (JEŘÁBEK 1996, 98).

Über Unterschiede in Charakter und Mentalität war in den Tageszeitungen explizit nichts zu erfahren. Reibereien und Animositäten aus dem Verhalten im alltäglichen Umgang von Tschechen und Deutschen schimmerten jedoch besonders in der Frankenpost bei der Berichterstattung anläßlich einer Serie von Übergriffen tschechischer Polizisten auf deutsche Besucher durch: Den Vorwürfen der betroffenen Deutschen, von der Polizei mit Mafiamethoden ungerechtfertigt bestraft oder mißhandelt worden zu sein, standen Äußerungen tschechischer Politiker und Behörden gegenüber, daß zum einen die tschechische Polizei unterbesetzt und unterbezahlt sei sowie eine große Zahl junger und unerfahrener Polizisten aufweise, da die alten nach der Wende häufig ausgetauscht worden waren, zum anderen aber

die Deutschen an solchem Verhalten durch ihre Überheblichkeit, Arroganz und Tendenz zu Regelverstößen im Straßenverkehr (1992 wurden laut Freie Presse 13% aller Verkehrsunfälle in Nordböhmen durch deutsche Fahrzeuge verursacht) am harten Verhalten der tschechischen Sicherheitskräfte nicht ganz unschuldig seien.

Die Bedeutung gegenseitiger negativer Wahrnehmung von (National-)Charakter und Mentalität zwischen Tschechen und Deutschen war faktisch aber wohl bedeutsamer, als es die Presse vermuten ließ. Eine Befragung im Grenzgebiet (MAIER u. ATZKERN 1993) ergab, daß von den befragten Tschechen, die bereits in Deutschland waren, 70% Erfahrungen mit Deutschen gemacht hatten, 41% sehr gute, 41% eher gute, 10% gute und schlechte und nur 5% eher schlechte Erfahrungen. Gelobt wurde an den Deutschen in ihrem Heimatland das anständige Benehmen, Bereitwilligkeit zu guten Tips, der Ausdruck von Freundschaft, Verlässlichkeit und Verträglichkeit; negativ fielen eine gewisse Überheblichkeit und allgemeine Antipathien auf. Anders wurden die deutschen Besucher in Westböhmen wahrgenommen: Mit diesem Personenkreis hatten 30% eher oder sehr schlechte Erfahrungen gemacht, 30% unterschiedliche und 40% gute bzw. sehr gute. Die deutschen Besucher galten dabei als laut, frech, arrogant, aggressiv, grob und alles aufkaufend. Die persönlichen Erfahrungen der Bayern im Grenzgebiet mit Tschechen waren tendenziell positiv: 10% hatten sehr gute, 31% eher gute 10% sowie 40% gute und schlechte Erfahrungen gemacht (MAIER u. ATZKERN 1993, 94ff.).

Laut JURCZEK (1997, 41ff.) haben sich die Einstellungen gegenüber der Nachbarbevölkerung nach 1989 bei 46,9% der im Grenzgebiet befragten Sachsen und bei 55,2% der Westböhmen verschlechtert. Die Sachsen nannten als Gründe schlechte Erfahrungen bzw. die gegenüber der deutschen Mark vergleichsweise geringe Beliebtheit der deutschen Menschen, die Tschechen wiederum die Hochnäsigkeit, Lautstärke und das schlechte Benehmen der Deutschen.

Über den unterschiedlichen Charakter der Nationalitäten als Hindernis für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit waren die von JEŘÁBEK befragten Tschechen in der Euregio Egrensis geteilter Meinung: 42,4% hielten diese für ein ausgeprägtes oder wesentliches Hindernis, 53,2% für geringfügig oder nicht vorhanden (JEŘÁBEK 1996, 98).

Besonderheiten des tschechischen Rechtswesens wurden in der Freien Presse und der Frankenpost kaum explizit genannt. In der Frankenpost traten sie allenfalls im Zusammenhang mit Problemen deutscher Besucher auf, besonders bei und nach Unfällen. Unterschiede, deren Unkenntnis die Deutschen gelegentlich in Schwierigkeiten brachten, betrafen vorwiegend das Verkehrsrecht: Es herrscht absolutes Alkoholverbot am Steuer, jeder

Unfall ist von der Polizei aufzunehmen, die Bußgelder sind hoch, teilweise im Ermessen der Polizei, und müssen sofort bezahlt werden; wenn Unfallschäden nicht von der tschechischen staatlichen Versicherung besichtigt werden, gibt es Probleme bei der Schadensabrechnung, tschechische Versicherungen haben für Unfallopfer andere Ersatzleistungen und brauchen lange, meist ein bis zwei Jahre, bis ein Fall abgewickelt ist. Die Strafrechtsordnung stammt teilweise noch aus kommunistischer Zeit und erlaubt z.B. dem Staatsanwalt, entlastende Argumente für den Angeklagten vorzubringen. Diese Unterschiede sorgten im Alltag bei den deutschen Besuchern, die ein Verkehrsdelikt begangen hatten oder in einen Unfall verwickelt waren, für Mißverständnisse, Verärgerung und Unsicherheit. Über die Probleme von Tschechen in Deutschland angesichts der bestehenden Rechtsunterschiede wurde keine Auskunft gegeben.

Zum Themenkreis der politischen Strukturen ging aus der Berichterstattung über die tschechischen Parteien, besonders im Zusammenhang mit den Wahlkämpfen in der Tschechischen Republik, hervor, daß das Parteienspektrum ähnlich wie in Deutschland beschaffen ist, so fand der Wahlkampf 1994 vor allem zwischen den beiden großen Parteien, der CSSD (Sozialdemokraten, vergleichbar der SPD) und der konservativen demokratischen Bürgerpartei ODS (vergleichbar der CDU), statt; bestätigt wird dies durch gelegentliche Berichte über Treffen von Parteipolitikern z.B. von SPD und CSSD oder FDP und OH. Allerdings seien die örtlichen Organisationen der Parteien schwach und hätten oft Probleme, genügend Kandidaten für die Kommunalwahlen aufzustellen.

Die verschiedenen politischen Systeme spielten in der Sicht der meisten (68,3%) befragten Euregio-Tschechen keine Rolle als Hindernis für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Tschechen und Deutschen, nur 22,9% sahen hier Probleme (JEŘÁBEK 1996, 98).

Beim Themenkreis der Wirtschaftsstruktur traten als besonderes wirtschaftliches Merkmal der Tschechischen Republik der Modus und die Folgeprobleme der „großen“ und „kleinen“ Privatisierung auf. Dabei wurde in Frankenpost und Freier Presse auch die tschechische Befürchtung erwähnt, daß es bei der kleinen Privatisierung zu einem billigen Ausverkauf an Unternehmen im Ausland, besonders deutsche, über tschechische Strohmänner komme.

Über die Besonderheiten der Privatisierung im Bereich der Industrie berichtete die Freie Presse intensiver. Diese hätten dazu geführt, daß viele Unternehmen nun in der Hand von Personen, Banken oder Investmentfonds seien, die nichts vom Management der Betriebe verstünden und Angestellte mit der Leitung beauftragten, die oft wenig Kompetenz, Verantwortungsgefühl und Risikobereitschaft aufwiesen. Im Bereich der Landwirtschaft sei

die Produktivität durch Probleme der Eigentumsrückgabe gerade im Grenzgebiet in die Verlustzone gesunken, da die Rückgabe nicht an die Sudeten-deutschen erfolgen dürfe, sondern an die 1948 enteigneten Neusiedler, die aber meist keine Landwirte und daher nur an einer finanziellen Entschädigung interessiert seien, welche wiederum die tschechische Regierung verweigere. Hinzu kämen Verunsicherungen durch Ansprüche des Adels und von Exiltschechen.

Die Freie Presse erwähnte zudem, daß in den Betrieben immer noch eine sozialistische Arbeitsmoral bzw. der „sozialistische Schlendrian“ vorherrsche, was Rationalisierungen verhindere, die Arbeitsproduktivität gering, damit allerdings auch den Beschäftigungsgrad hoch halte.

Über die allgemeinen Auswirkungen der „Marktwirtschaft ohne Adjektive“ des tschechischen Ministerpräsidenten Klaus auf die Bevölkerung gab es wenige und widersprüchliche Andeutungen. Zum einen war von geringer Arbeitslosigkeit zu lesen, zum anderen von einer zunehmenden Kluft zwischen den Gewinnern und den Verlieren der marktwirtschaftlichen Umstrukturierung, wobei die Verlierer für einen Auftrieb der radikalen Kommunisten und Republikaner verantwortlich seien.

Für die Themenkreise Rechtswesen und wirtschaftliche Strukturen lagen keine empirischen Daten bezüglich ihrer Einschätzung als trennende oder verbindende Merkmale durch die Bevölkerung im Grenzgebiet vor.

3.2.4 Relevanz kultureller Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Alltag und für die Institutionen der Euregio

Nur von einem Teil der erwähnten Unterschiede und Gemeinsamkeiten war zu erfahren, ob diese überhaupt für das Zusammenleben und -wachsen zwischen Tschechen und Deutschen Bedeutung besitzen. Als relevant für das alltägliche Zusammenleben zu identifizieren waren die historischen Belastungen, das Lohn- und Preisgefälle, die Überheblichkeit der Deutschen sowie das unterschiedliche Verkehrs- und Strafrecht. Die alltägliche Bedeutung erschloß sich hier zumeist aus dem Zusammenhang der Berichterstattung, z.B. den Problemen deutscher Besucher beim Einkaufen oder bei Verkehrsunfällen in der Tschechischen Republik.

Diese Themenkreise traten jedoch kaum im Zusammenhang mit Problemen der Zusammenarbeit innerhalb der euregionalen Institutionen auf. Hier wurden in den Zeitungen Unterschiede in der föderalistischen Tradition und die starke personelle Fluktuation auf tschechischer Seite für Reibungsverluste in der Kooperation verantwortlich gemacht, in allerdings sehr geringem Umfang wurden auch die Überheblichkeit der Deutschen und die allgemeinen Vorbehalte der Tschechen gegenüber ihren deutschen Nachbarn genannt.

Als wichtigster Unterschied gerade im Hinblick auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit innerhalb der Euregio Egrensis wurde in beiden Zeitungen, verstärkt aber von der Frankentpost, die von Deutschland abweichende Regionalstruktur der Tschechischen Republik dargestellt. Dazu gehören das Fehlen eines Haushaltsrechts, einer föderalistischen Tradition allgemein und die Konflikte bei der Einführung einer neuen Verwaltungsgliederung. Von der ersten demokratischen Regierung unter Ministerpräsident Pithart war dabei zunächst das Modell dreier Bundesländer favorisiert worden, die nachfolgende Regierung Klaus hingegen initiierte ein Konzept, bei dem das Land in Regierungsbezirke aufgeteilt wird und zwischen den Kommunen und der Staatsregierung keine weitere Ebene kommunaler Selbstverwaltung entsteht, mit Landräten als reinen Regierungsbeamten. Die Neuordnung führte zu Zwietracht und Streit um den Regierungsbezirkssitz zwischen Cheb, Karlovy Vary und Sokolov sowie zu Unsicherheiten in Deutschland über die richtigen und kompetenten Ansprechpartner für grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Zudem lag die kommunale Selbständigkeit in Tschechien erst in den Anfängen und erschwerte somit nach Sicht deutscher Euregio-Akteure die Kooperation ebenso wie die Unterschiede in der Verwaltungsstruktur, hier insbesondere die schwache Stellung der Landräte als von Prag eingesetzte Funktionäre ohne eigenes Kreisparlament.

3.2.5 *Vergleich der Berichterstattung von Frankentpost und Freie Presse*

Insgesamt wurden Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Tschechien und Deutschland von beiden Blättern nicht systematisch behandelt, vor allem kaum durch eigene Recherche, sondern meist indirekt und verstreut über Zitate diverser Akteure in anderen Zusammenhängen.

Dabei überwogen Berichte über Unterschiede zwischen Tschechen und Deutschen, wobei in der Frankentpost allerdings die Unterschiede stärker herausgehoben wurden als in der Freien Presse. Der eindeutige Schwerpunkt wurde dabei, noch vor dem Lohn- und Preisgefälle, auf die Interpretation der Geschichte und die Problematik der Beneš-Dekrete gelegt, eine Problematik, die, wie auch die Forderungen der Sudetendeutschen allgemein, in der Freien Presse kaum Berücksichtigung fand. Als verbindende Bereiche wurden in wenigen Artikeln ähnliche Lebensgewohnheiten (z.B. Weihnachtsbrauchtum), Arbeitsmoral (Arbeitswilligkeit, Zuverlässigkeit und Qualifikation tschechischer Arbeitnehmer) sowie das ähnliche Parteiensystem erwähnt.

In der Freien Presse wurden Probleme des Lohn- und Preisgefälles sowie die Ängste der Tschechen vor den Deutschen ebenfalls nicht verschwiegen, aber es fehlte die in der Frankentpost umfangreiche Berichterstattung zu den historisch bedingten Problemen. Hingegen erfolgte eine regelmäßige Be-

richterstattung in der wöchentlich erscheinenden Rubrik „Blick nach Böhmen“, in der über Vereine, Unternehmen und Gemeinden in Westböhmen berichtet wurde. Die Ähnlichkeit zu deutschen Verhältnissen wurden nicht explizit thematisiert, strukturell jedoch mußte der Leser den Eindruck einer sozialen und wirtschaftlichen Landschaft gewinnen, die der deutschen in ihrer Beschaffenheit und den kleinen Problemen des Alltags sehr ähnlich ist. Dazu traten weitere Gemeinsamkeiten wie die wirtschaftlichen Probleme, der Zusammenbruch des osteuropäischen Marktes, Umweltprobleme, die Industriestruktur, illegale Gastarbeiter im Baugewerbe oder die Privatisierung von Industrie und Landwirtschaft. Entsprechende Gemeinsamkeiten betonten gelegentlich sächsische und tschechische Politiker, am deutlichsten der Bürgermeister von Cheb, der in einem Artikel der Freien Presse meinte, daß die Sachsen die Probleme der Tschechen vielleicht besser verstünden als die Bayern, weil es ihnen ähnlich gehe. Entsprechende Äußerungen fielen auch seitens der sächsischen Staatsregierung; so wurde Ministerpräsident Biedenkopf mit der Aussage zitiert, die Böhmen seien in Tradition, Mentalität und Infrastruktur den Sachsen fast gleich. Unterschiede im Rechtsbereich, in Mentalität, Werten und Traditionen fanden keine Erwähnung, die spezifischen Probleme des Preisgefälles, der regionalen Organisation und der historisch bedingten tschechischen Vorbehalte gegenüber den Deutschen gelegentlich. Kaum verwiesen wurde allerdings auf Verbindendes anlässlich der gemeinsamen sozialistischen Vergangenheit, sei es in noch bestehenden Strukturen oder in Schwierigkeiten des Strukturwandels.

Themenkreise, die in beiden Zeitungen keine oder kaum Erwähnung fanden, obwohl in wissenschaftlichen Abhandlungen gelegentlich darauf verwiesen wird, sind Informationen über die spezielle Geschichte der Grenzbevölkerung in Westböhmen (BÜRKNER 1996, 115f.) oder die spezifisch tschechische Mentalität, z.B. die als „Schwejk-Mentalität“ bekannte Tendenz zum indirekten Widerspruch (MÖLLERING u. RÄDL 1994, 29).

Auf die spezifische Zusammensetzung der Bevölkerung in den ehemals sudetendeutschen Gebieten wurde nur am Rande eingegangen. So erfuhr der Leser, daß es eine in Westböhmen verbliebene deutsche Minderheit gibt und dort nach dem Zweiten Weltkrieg Roma aus der Slowakei angesiedelt wurden bzw. sogenannte „Glücksritter“ aus anderen Teilen der Tschechoslowakei die Gebäude ausplünderten und dann wieder verschwanden. Die Frankenpost zitierte einen tschechischen Künstler, der eine mangelnde Verwurzelung der nach 1945 angesiedelten Bevölkerung im ehemals sudetendeutschen Siedlungsraum diagnostizierte.

Nur selten erhielt die Leserschaft ebenfalls Informationen über die Wertungen der Tschechen. Ein tschechischer Priester berichtete in der Fran-

kenpost, daß die tschechische Gesellschaft nach 40 Jahren Kommunismus von Grund auf atheistisch sei, daß kaum Kenntnisse über Gott und die zentralen christlichen Werte wie Demut, Vergebung oder Moral bestünden, was sich in einem Streben nach steigendem Lebensstandard, nicht aber nach christlichen Idealen ausdrücke. Entsprechend sei caritative Alten- und Krankenpflege so gut wie unbekannt.

Die zweisprachige (Artikel in Tschechisch und Deutsch) Monatszeitung Česky-Böhmen-Expres widmete sich intensiv der deutsch- bzw. österreichisch-tschechischen Zusammenarbeit und der europäischen Integration, ließ dabei oder deswegen aber so gut wie nichts über kulturelle Unterschiede verlauten. Implizit gingen aus einigen Artikeln Informationen über die Spezifika der Wirtschaftsstruktur (Personalüberhang und entsprechend Unwirtschaftlichkeit bei Banken und der Eisenbahn sowie das sich verschlechternde Verhältnis zwischen Anstieg von Lohn- und Arbeitsproduktivität), die Problematik des Preisgefälles (Vietnamesenmärkte für deutsche Kunden in Grenznähe) und die spezifischen Traditionen des Grenzgebiets (starke Abnahme der Bevölkerung nach 1945, Liquidierung etlicher Dörfer) hervor. Aus Artikeln über schulische Zusammenarbeit war vergleichend nur zu erfahren, daß die schulische Selbstverwaltung in Tschechien fortgeschrittener als in Deutschland sei. Die Erzählung eines Sudetendeutschen, daß seine Landsleute früher Lebensgewohnheiten, Sitten und Brauchtum der Tschechen teilweise angenommen und sich daher von den Reichsdeutschen unterschieden hätten, verweisen auf existierende Mentalitätsunterschiede; diese wurden hier wie in den anderen Blättern jedoch nicht weiter verfolgt.

4 Resumée: Die Rolle der Zeitungen für die Integration innerhalb der Euregio Egrensis

Angesichts der Informationen über den hier betrachteten Bereich der kulturellen Unterschiede und Gemeinsamkeiten kann festgestellt werden, daß jenseits offensichtlicher Unterschiede, die nicht verschwiegen werden können (z.B. das Wohlfahrtsgefälle), in der Frankenpost eher Unterschiede, in der Freien Presse eher die Gemeinsamkeiten betont wurden. Demnach müßte unter diesem Aspekt die Bevölkerung im Verbreitungsgebiet des sächsischen Blattes den Eindruck einer größeren sozialen Homogenität und damit auch eine größere Integrationsbereitschaft besitzen.

Die relative Betonung der kulturellen Unterschiede in der Frankenpost stand im gewissen Widerspruch zu dem großen Engagement, das die Frankenpost-Redaktion für die Euregio Egrensis an den Tag legt. Dieses Engagement äußert sich nicht nur in umfangreicher Berichterstattung und einer

eigenen Rubrik „Euregio Egrensis“, sondern darüber hinaus in der Veranstaltung grenzübergreifender Symposien bzw. der Stiftung eines Euregio-Preises für verdiente „Vorkämpfer“ der deutsch-tschechischen Zusammenarbeit. Dies gibt zu der Vermutung Anlaß, daß in der Frankenpost der institutionelle Bereich der Euregio stärker im Vordergrund stand. So wurde auch in der Rubrik „Euregio Egrensis“ nicht wie im sächsischen „Blick nach Böhmen“ über den Alltag in Westböhmen, sondern im wesentlichen über Projekte und Veranstaltungen der Euregio Bericht gegeben. Beim Leser könnte so ein ambivalentes Bild entstehen: Einerseits soll die Euregio als zentrales Instrument deutsch-tschechischer Verständigung, das vielfach begründet und legitimiert wird, unbedingt gefördert werden; andererseits wird angesichts der betonten kulturellen Unterschiede die Integrationsneigung der Leserschaft möglicherweise beeinträchtigt; zumindest muß der Eindruck entstehen, daß hier etwas zusammengeschlossen wird, was nicht unbedingt zusammengehört, sondern sich allein aus Gründen der Zweckmäßigkeit zusammenschließen muß.

Von den integrationsfördernden Bedingungen gemäß der neofunktionalistischen Integrationstheorie waren laut Pressespiegel die starken grenzüberschreitenden Interaktionen sowie die den Eliten gewährte Möglichkeit, Kosten der Integration auf die Europäische Union abzuwälzen, gegeben. Problematisch stand es hingegen um die soziale Homogenität, die Ebenbürtigkeit im wirtschaftlichen und technischen Bereich und den Status der Souveränität in der Tschechischen Republik, wo eine innere Stabilisierung angesichts der Trennung von der Slowakei und der Konflikte zwischen Zentralisten und Regionalisten manchen politischen Kräften zunächst notwendiger erschien, als die europäische Integration. Entsprechend waren die politischen Eliten auch nur zum Teil an einer europäischen bzw. deutsch-tschechischen Integration interessiert; vor allem die rechtsradikale und die kommunistische Partei entfalteten sogar eher eine desintegrative Agitation.

Angesichts dieser noch bestehenden Lücken in den integrationsfördernden Bedingungen bewertet BÜRKNER (1996, 116ff. u. 201) die Integrationsbestrebungen in den Euroregionen zu Osteuropa kritisch. Unterschiedliche ökonomische Voraussetzungen bergen die Gefahr, daß die tschechische Wirtschaft von Westeuropa abhängig wird. Auch das Wohlstandsgefälle benachteiligt die tschechischen Grenzregionen, wo Preissteigerungen sowie Mangel an Gütern und qualifizierten Arbeitskräften auftreten, und verstärkt somit die bestehenden Ungleichgewichte, zumal die Euroregionen kaum Kompetenzen besitzen, um solche Entwicklungen zu korrigieren. Die tschechische Bevölkerung sieht sich der ambivalenten Situation ausgesetzt, daß sie ihre nach 40 Jahren sozialistischem Zentralismus erst jüngst gewonnene

„Auf daß zusammenwächst, was zusammengehört“

regionale Orientierung nun wieder zugunsten einer gesamteuropäischen aufgeben soll. Letztlich ist die integrative Aufgabe der Euroregionen durch die Vorgaben des Schengener Abkommens konterkariert, die eine verstärkte Kontrolle an den EU-Außengrenzen verlangen. Damit werden Probleme des Wohlstandsgefälles (z.B. Abschiebung illegal Einreisender) auf die Nachbarn der EU verlagert.

Somit erscheint das auf die historische Legitimation (stauische Regio Egere) zielende Motto der Frankenpost-Redaktion im Bezug zur Euregio Egreensis „Damit zusammenwächst, was zusammengehört“ als problematisch. Möglicherweise sind, wie BÜRKNER konstatiert, die Unterschiede trotz frühmittelalterlicher Gemeinsamkeiten angesichts 40jähriger Zugehörigkeit zu verschiedenen ideologischen und wirtschaftlichen Blöcken und des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruchs in Osteuropa nach 1989/90 so groß, daß hier etwas zusammengelegt werden soll, was (zunächst) nicht zusammengehört. Letztendlich sind Euregionen nicht wertfreie Regionalisierungen mit rein funktionaler Begründung zum Wohle aller Beteiligten, sondern Interessensgebiete von Wirtschaftslobbies und regionalen politischen Akteuren, die sich durch ihr euregionales Engagement einen Zuwachs von Macht und Prestige erhoffen.

Literaturverzeichnis

- BLOTEVOGEL, H. H. 1984: Zeitungsregionen in der Bundesrepublik Deutschland. Zur räumlichen Organisation der Tagespresse und ihren Zusammenhängen mit dem Siedlungssystem. In: *Erdkunde* 38, S. 79–93.
- BÜRKNER, H.-J. 1996: Dynamik des sozioökonomischen Umbruchs in Ostmitteleuropa. Das Beispiel Nordwestböhmen. Kassel. (= Kasseler Schriften zur Geographie und Planung, 64).
- DEUTSCH, K. W. u.a. 1957: *Political Community and the North Atlantic Area. International Organisation in the Light of Historical Experience.* Princeton.
- DE VREE, J. K. 1972: *Political Integration. The Formation of Theory and its Problems.* The Hague, Paris.
- DOKOUPIL, J. 1996: Die Grenzöffnung und ihre Folgen für die Bewohner einiger tschechischer und bayerischer Gemeinden in der Euregio Egrensensis. In: JURCZEK, P. (Hrsg.): *Regionale Entwicklung über Staatsgrenzen. Das Beispiel der Euregio Egrensensis.* Kronach u. a., S. 101–129 (= Kommunal- und Regionalstudien, 23).
- ETZIONI, A. 1977: Interdependenz und politische Einigung. In: FREI, D. (Hrsg.): *Theorien der internationalen Beziehungen.* München, S. 229–242.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION 1995: *Europa 2000+. Europäische Zusammenarbeit bei der Regionalentwicklung.* Luxemburg.
- GÖTZE, A. 1995: Verständnisprobleme auf dem Weg zur Partnerschaft nach 1989. In: *BUNDESZENTRALE für politische Bildung (Hg.): Tschechen, Slowaken und Deutsche. Nachbarn in Europa.* Bonn, S. 85–117.

- JACOB, P. E. u. TEUNE, H. 1964: The Integrative Process: Guidelines for Analysis of the Bases of Political Communities. In: JACOB, P. E. u. TOSCANO, J. V. (Hrsg.): The Integration of Political Communities. Philadelphia.
- JERÁBEK M. 1996: Sozialgeographische Bewertung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit am Beispiel der bayerisch-sächsisch-tschechischen Euroregionen. In: JURCZEK, P. (Hrsg.): Regionale Entwicklung über Staatsgrenzen. Das Beispiel der Euregio Egrensis. Kronach u.a., S. 91–100 (= Kommunal- und Regionalstudien, 23).
- JURCZEK, P. 1997: Einschätzung der Entwicklung und Zusammenarbeit im sächsisch-böhmischen Grenzgebiet. Eine Beurteilung durch Bewohner der Euroregionen Egrensis und Erzgebirge. Chemnitz. (= Beiträge zur Kommunal- und Regionalentwicklung, H. 29).
- MAIER, J. u. BIRK, F. 1992: Euregio Egrensis oder Euregio Oberfranken, Westsachsen, Westböhmen, nördliche Oberpfalz: Tagespolitische Forderung oder zukunftsweisender binationaler Verflechtungsraum? In: MAIER, J. (Hrsg.): Euregio Egrensis. Binationaler Verflechtungsraum der Zukunft. Bayreuth, S. 1–10, (= Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung, H.100).
- MAIER, J. u. ATZKERN, H.-D. 1993: Verflechtungsanalyse Nordbayern-Westböhmen. Bayreuth.
- MÖLLERING, J. u. RÁDL, R. 1994: Deutsche Direktinvestitionen in der Tschechischen Republik. Motive, Erfahrungen, Perspektiven. Bielefeld.
- NYE, J. S. 1977: Mechanismen und Voraussetzungen regionaler Wirtschaftsintegration. In: FREI, D. (Hrsg.): Theorien der internationalen Beziehungen. München, S. 214–228.
- WOOD, G. 1989: Regionalbewußtsein im Ruhrgebiet in der Berichterstattung regionaler Tageszeitungen. In: Berichte zur deutschen Landeskunde 63, H.2, S. 537–562.